



Fiktives Kapital, realer Krieg

Bei der Krise geht es nicht nur um Ökonomie, sondern auch um Imperialismus: Weniger die verschärfte Ausbeutung durch das Industriekapital als die spekulativen Attacken des internationalen Finanzkapitals haben zu der Katastrophe geführt, deren Anfänge wir gerade erleben. Da die Regulierung des weltweiten Casinos von Washington und London blockiert wird, muss nun der Nationalstaat handeln: In Deutschland dürfen die Grossbanken, die sich an der Erdrosselung der Realwirtschaft beteiligen, nicht gerettet werden. Notwendig ist vielmehr ihre entschädigungslose Verstaatlichung und strenge demokratische Kontrolle, schreibt der Autor ■ *Jürgen Elsässer*

Der Traum eines jeden Konsumenten: Man bezahlt seine Einkäufe mit Schecks, die von den Geschäftsleuten niemals eingelöst werden. Man begleicht die Rechnungen mit fantasievollen Papierschnipseln und seiner guten Unterschrift, aber das eigene Konto wird niemals belastet. Eine Geschichte aus dem kapitalistischen Schlaraffenland? Nein und doch ja. Was für den Einzelnen unvorstellbar scheinen mag, ist seit Jahrzehnten Realität für die US-Volkswirtschaft. Sie kauft Waren bei anderen Nationen und bezahlt die Importe mit grünen Scheinchen, die von der Federal Reserve, der Zentralbank der Vereinigten Staaten, nach Belieben nachgedruckt werden.

Die Suspendierung der Goldbindung des Dollars 1971 ermöglichte eine realwirtschaftlich nicht einmal mehr ansatzweise gedeckte Ausweitung der Dollarmenge. Bereits Mitte der neunziger Jahre war nur noch jeder sechste umlau-

fende Greenback durch Güterausstoss oder Sparguthaben gedeckt.

Nach dem Kollaps des Neuen Marktes und dem 11. September 2001 verschärfte sich das Problem weiter: In den folgenden vier Jahren brachte die Federal Reserve mehr Dollar in Umlauf als in der gesamten 200-jährigen US-Währungsgeschichte zuvor. Im Herbst 2005 wurde überdies in den USA dekretiert, dass das Geldmengenwachstum nicht mehr statistisch erfasst wird. Es soll offensichtlich niemand merken, was da eigentlich vor sich geht.

Noch dramatischer ist die Entwicklung der nicht von der Fed, sondern von Privatbanken mit Hilfe von Greenspans «innovativen Finanzprodukten» erzeugten Geldmenge, die rein virtuell in Computern generiert wurde – aber dennoch schreckliche Verwüstungen in der Realität anrichtet. Der US-

Die Abschreibungen der Banken seit Ausbruch der Krise summierten sich bis Ende Oktober 2008 weltweit auf 2,2 Billionen Euro. Diese astronomische Summe entspricht aber nur knapp einem Viertelprozent des Vernichtungspotentials der Derivate.

Milliardär Warren Buffet spricht in diesem Zusammenhang von «finanziellen Massenvernichtungswaffen»: «Sie bergen Gefahren, die im Augenblick zwar verborgen, potentiell jedoch todbringend sind.»

Typisch hierfür sind die in der Ära Greenspan weitverbreiteten CDS-Papiere – Credit Default Swaps. (...) CDS-Papiere und andere unkontrollierbare Formen von Geldäquivalenten bezeichnet man als Derivate. Deren Summe belief sich Ende 2007 auf astronomische 596 Billionen Dollar, so die Bank für internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) im Dezember 2007. Im Verlauf des ersten Halbjahres 2008 wuchs sie, trotz allem Palaver über die Notwendigkeit von Kontrollen, nach BIZ-Angaben sogar weiter, nämlich auf 863 Billionen Dollar. Zum Vergleich: Die Abschreibungen, die die Banken weltweit seit Ausbruch der US-Immobilienkrise im Sommer 2007 vornehmen mussten, summierten sich bis Ende Oktober 2008 auf 2,2 Billionen Euro. Für sich genommen ist das auch schon eine astronomische Summe, die aber nur knapp einem Viertelprozent des Vernichtungspotentials der Derivate entspricht.

863 Billionen Dollar – das ist das Siebzehnfache der weltweiten Wirtschaftsleistung pro Jahr. 17 Jahre lang hätten also alle Erlöse, die auf dem gesamten Globus durch Produkte und Dienstleistungen erarbeitet worden sind – bis

hin zur letzten Schraube und zum letzten Tropfen Öl –, der Realwirtschaft entzogen und in diesen Papieren angelegt worden sein müssen, um auf diesen Betrag zu kommen. Folglich ist klar: Dieses «fiktive Kapital» ist kein abgeleiteter Bestandteil der Wertproduktion oder der bisher üblichen Kapitalbeschaffung über die Börse, wie der lateinische Wortstamm *derivare* (= ableiten) nahelegt, sondern es ist entstanden aus finanzieller Hexerei. (...)

Das Epizentrum in der Wall Street: Zwar ist es richtig, dass Deutschland schon unter der Schröder-Regierung für diese Derivate-Spekulationen geöffnet wurde. Doch geschaffen wurden sie von einer internationalen Finanzaristokratie, die ihre Hauptbastionen in den USA und Grossbritannien hat. Die Erfinder der finanziellen Massenvernichtungswaffen sitzen in der Wall Street. «In den Think Tanks der grossen US-Investmentbanken vor allem, insbesondere bei J.P. Morgan, wurden die wundersamen Modelle der wundersamen Geldvermehrung erdacht, die nun eines um das andere rasselnd umgestürzt sind wie eine lange Kette Dominosteine», fasste der Spiegel Mitte November 2008 richtig zusammen.

Obwohl New York und London ihre Operationsbasis sind, haben die Heuschrecken ihren Firmensitz meist in den ▶

> Das wichtigste Werkzeug der Steuerhinterziehung

Nicht die Aufhebung der Steueroasen war das primäre Ziel der Massnahmen des G-20-Gipfels vom vergangenen April, sondern die Schwächung des Finanzplatzes Schweiz. Diese Ansicht vertritt der belgische Soziologe Jean-Claude Paye, Autor des Buches «Das Ende des Rechtsstaats? Demokratie im Ausnahmezustand». Er begründet dies in einem Aufsatz in der Wochenzeitung «Zeit-Fragen» mit der vor allem im angelsächsischen Raum verbreiteten rechtlichen Institution des «Trusts», mit der grosse Vermögen viel besser vor dem Zugriff des Staates geschützt werden können. Bei der Kontoeröffnung eines unwiderruflichen Trusts muss die Bank die Identität des Nutzniessers nicht verlangen, bloss die des Treuhänders. «Die Trusts», so Paye, «sind das wichtigste Werkzeug der Steuerhinterziehung geworden, der wirksamste Ersatz für das Bankgeheimnis.»

Aufgrund ihrer Gesetzgebung haben sich vor allem die britischen Kanalinseln, der US-Bundesstaat Delaware und die Karibikinseln auf die Verwaltung von Trusts spezialisiert. Von den schätzungsweise 7300 Milliarden Dollar, die ausserhalb der Wohnsitzländer ihrer Besitzer platziert sind, verwaltet die Schweiz 27 Prozent, die britischen Steuerparadiese 24 und die amerikanischen 19 Prozent. Die Marktanteile

dürften sich zuungunsten der Schweiz verschieben. Denn, so Paye: «Das angelsächsische Rechtssystem verfügt im Falle der Abschaffung des Bankgeheimnisses über einen substantiellen Vorteil gegenüber der Schweiz: Die Undurchsichtigkeit ihrer Trust ist vollkommener.

Weil die britischen und amerikanischen Steueroasen weder auf eine graue, noch eine schwarze Liste der OECD gesetzt wurden, ist für Paye klar, dass das «hintergründige Ziel» der Grossmächte am G-20-Gipfels darin bestand, «die Funktionsregeln des weltweiten Bankensystems zum eigenen Vorteil zu verändern.» CP

einschlägigen Steuerparadiesen, wo sie nicht der Rechtsprechung im Herkunftsland unterstehen: 63 Prozent sitzen auf den britischen Cayman-Inseln, weitere 13 Prozent auf den britischen Kanalinseln, 11 Prozent auf den Bermudas und fünf Prozent auf den Bahamas.

Der Bankriese J.P. Morgan war nicht nur der Erfinder der «finanziellen Massenvernichtungswaffen» zu Ende des Jahrtausends, sondern kontrolliert weltweit die meisten Hedge-Fonds, nämlich 398 (Stand 2005). Man sollte sich nicht wundern, dass dieser Hauptverursacher des grossen Crashes gleichzeitig in der Folge auch ihr grösster Profiteur wurde. Im Frühjahr 2008 schnappte sich J.P. Morgan die Investment-Bank Bear Stearns für zwei Dollar pro Aktie; ein Jahr zuvor waren Bear Stearns-Anteilscheine noch für 159 Dollar gehandelt worden. Als im September 2008 die Sparkasse Washington Mutual zusammenbrach, der bis dahin grösste Bankenkollaps der Geschichte, schlug J.P. Morgan wieder zu: Für Anlagen, die auf 176 Milliarden Dollar geschätzt wurden, bezahlte die Bank gerade 1,9 Milliarden.

«Die USA sehen selbst fast wie ein gigantischer Hedge-Fonds aus. Der Anteil der Profite der Finanzunternehmen an den gesamten Unternehmensgewinnen (nach Steuern) sprang von weniger als 5 Prozent im Jahr 1982 auf 41 Prozent im Jahr 2007», schreibt Martin Wolf im Februar 2008 in der

Financial Times. Nicht anders ist es in Grossbritannien: Dort wird ein Viertel der jährlichen Wirtschaftsleistung von Hedge-Fonds erzielt. Der Anteil der Industrieproduktion an der jährlichen Wirtschaftsleistung ist in den letzten zehn Jahren von 21 auf unter 13 Prozent gesunken. Kein Wunder, dass sich beide Staaten bisher vehement gegen Vorstösse stemmten, die Hedge-Fonds zu beschneiden. (...)

Der Nationalstaat muss und kann handeln. Wie Altkanzler Helmut Schmidt Mitte Januar 2009 weise feststellte: «Milliarden für die Konjunktur werden wenig nützen, wenn die Regierungen der Finanzwelt nicht endlich Regeln vorgeben.» Schmidt skizziert einige der notwendigen Regulierungen: Verbot der ausserbilanziellen Geschäfte und damit Abschaffung ausserbilanzieller Spekulationstöchter («Zweckgesellschaften»); Verbot von nicht registrierten Derivaten, Leerverkäufen und des Spekulierens auf fallende Kurse; Verbot des Aktienkaufs auf Kredit; Verbot von Geschäften mit Unternehmen und Personen, die rechtlich in Steuer- und Aufsichtsoasen registriert sind; Erlass strenger Mindestkapitalbedingungen, die die Kreditschöpfung der Banken beschränken.

Alle diese Massnahmen können auf nationaler Ebene in kürzester Frist durchgesetzt werden. Man muss nicht auf internationale Beschlüsse warten, die Off-Shore-Finanz-

> Zwischenboom: Erholung oder Pause im Abwärtstrend?

In den letzten Monaten hatten wir den stärksten Kursanstieg seit 76 Jahren – mitten in der Krise. Für viele ist der Zwischenboom deshalb ein Zeichen dafür, dass das Schlimmste schon ausgestanden ist. Nicht so für den St. Galler Ökonomie-Professor Fredmund Malik. In seinem neusten Newsletter schreibt er:

Ist die Krise also ausgestanden? Definitiv nein. Der jetzige Höhenflug der Aktien nach dem vorherigen Absturz war programmiert.

Geschichtlich hat es einen solchen Anstieg, das heisst, eine Erholung nach einem Kollaps der Kurse, immer gegeben. Unter Experten heisst das «Bull Trap» oder «Sucker's Rally». Durch den vorausgehenden langjährigen Anstieg sind die meisten Leute verwöhnt und für Warnsignale häufig blind. Sie verstehen Kursanstiege als günstige Kaufgelegenheit und nicht als eine Pause im Abwärtstrend.

Kein Wunder, denn die meisten Bank-Berater haben ihren Kunden gesagt, dass Aktienkurse immer nur steigen, und zum Beweis haben sie wunderschöne Charts gezeigt, wo in der Tat zu sehen ist, dass es immer aufwärts geht.

Nur wenigen fällt auf, dass die Charts genau dort beginnen, wo ganz zufällig auch der Aktienanstieg begonnen hat. Ausgeblendet bleiben somit jene Perioden, wo das nicht so war, sondern wo die Aktien oft jahrelang dramatisch gesunken sind, und wer nicht vorbereitet war, alles verloren hat.

Die Zeit der Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1933 zeigt das deutlich. Im Herbst 1929 crashte die Wall Street, die Kurse gingen von September bis November um rund 50% von 400 auf 200 Punkte zurück. Danach fanden sie Halt und begannen rasant zu steigen. Das Kursfeuerwerk von 200 auf 300 Punkte

dauerte bis April 1930. Prozentual war das eine der grössten Haussen des 20. Jahrhunderts.

Die Börse hatte wieder für eine gute Stimmung gesorgt. Die Wolken waren verzogen, und der damalige US-Präsident Herbert Hoover liess vermelden, die Krise sei überstanden. Alles sah nach einem grossen Sieg der Regierungs- und Notenbankpolitik aus.

In Wahrheit stand aber das Schlimmste noch bevor. Denn ab April 1930 gingen die Kurse erbarmungslos zurück und fielen und fielen und fielen – zwischendurch immer wieder durch Strohfeuer unterbrochen. Sie fielen bis auf 10% ihres Höchststandes von 1929, von Dow Jones 400 auf 40.

Mehr dazu im neusten **m.o.m.-Newsletter** von Fredmund Malik. Die Einzelausgabe kostet 27.-, das Jahresabo 296.- Euro. Bestellungen: www.malik-mzsg.ch

Der Staat muss alle Grossbanken einem geordneten Liquidationsverfahren unterwerfen. Nur so kann festgestellt werden, was gesundes Anlagekapital der Bürger war und was nur durch die unkontrollierte Geldschöpfung der Banken geschaffen wurde.

tren wie die Cayman-Inseln in einer konzertierten Aktion zu schliessen oder Hedge-Fonds einer internationalen Finanzaufsicht zu unterwerfen. Dies hat die Bundesregierung seit 2006 versucht und scheiterte immer wieder am Widerstand der USA und Grossbritannien, da diese von diesen Spekulationsgeschäften in hohem Mass profitieren.

Auch deutsche Banken könnten sich nach Verabschiedung solcher Antispekulationsgesetze nicht mehr erlauben, Gelder in Steuerparadiesen zu verstecken – sie müsste bei einer Anzeige fürchten, dass ihre Konten hierzulande gepfändet würden.

Entmachtung des Finanzkapitals: Über Einzelmassnahmen hinaus geht es natürlich um eine generelle Neuordnung des Bankenwesens. Die Privatbanken müssen sich, wie im System von Bretton Woods zwischen 1946 und 1971, der Kontrolle der Nationalstaaten unterwerfen; der grenzüberschreitende Kapitalverkehr untersteht dann den Zentralbanken. Zu diesem Zweck müssen als erstes die Derivate-Bomben beseitigt oder wenigstens entschärft werden, die mit tickendem Zeitzünder in unserem Finanzsystem liegen.

Dabei geht es im ersten Schritt nicht um Verstaatlichung. Wenn der Staat faule Geldhäuser einfach übernimmt, verschleppt er die toxischen Kredite von deren Haushalt in den eigenen. Eine Marschroute für die Gefahrenabwehr gibt Wilhelm Hankel vor, in der ersten Amtsperiode von Kanzler Willy Brandt Staatssekretär im Bundesfinanzministerium. «Deswegen ist die einzig sinnvolle Reform, das in den Bankbilanzen ausgewiesene echte Geld (aus Kundeneinlagen und Kundenanlagen) vom unechten der Bankschulden und -kredite zu trennen.» Ersteres muss der Staat garantieren, da es die Arbeitsleistungen aus der Realwirtschaft repräsentiert. Letzteres, also die Inter-Banken-Schulden, besteht aus Luftbuchungen zwischen den Kreditinstituten und ist rein fiktiv. Es muss vollständig und entschädigungslos abgeschrieben werden, zu Lasten und also unter dem Geschrei der Spekulanten, die die entsprechenden Papierchen halten. Natürlich wird man diese Aufteilung nicht von den Bankmanagern selbst vornehmen lassen können – die profitierten bisher gerade davon, dass sie ihre Inter-Banken-Geschäfte ungestört machen konnten und werden sie sich nicht ohne

Weiteres wegnehmen lassen. Vielmehr muss der Staat alle Grossbanken – private wie öffentliche – einem geordneten Liquidationsverfahren unterwerfen. Nur so kann festgestellt werden, welches Kapital gesundes Anlagekapital der Bürger war – und welches nur durch die unkontrollierte Geldschöpfung der Banken geschaffen wurde und annulliert werden muss. Geordnetes Liquidationsverfahren heisst, auch das ist wichtig, dass in letzter Instanz Richter die Entscheidungen fällen – und nicht Beamte in den Finanzministerien, die bisher schon zu eng mit den Bankern verbandelt waren.

Die Grossbanken stecken so tief in hochtoxischem Derivate-Müll, dass nur die wenigsten ein solches Liquidationsverfahren überstehen werden. Einige kleinere Privatbanken, der Volks- und Raiffeissensektor sowie etliche Sparkassen dürften gesund sein. Der grosse Rest wird unter Justizaufsicht bankrottieren und in neuen, staatskontrollierten Instituten aufgehen. Dann wird alles darauf ankommen, dass aus Staatskontrolle Volkskontrolle wird. Staatsbesitz hingegen ist nicht immer von Vorteil, das zeigt das Beispiel der maroden Landesbanken.

Der Text ist ein gekürzter Auszug aus dem gerade erschienenen Buch:

Jürgen Elsässer: **Nationalstaat und Globalisierung.** April 2009. Verlag Manuscriptum. 101 Seiten im bibliophilen Kleinformat, Hardcover, Fr. 15,90/Euro 8,80. Mehr zum Thema unter www.juergen-elsaesser.de



> Klartext über den Wahnsinn

Die linke Analyse der Finanzkrise hat bis jetzt wenig Zählbares hervorgebracht. Wer sich zu stark auf die Gier der Manager und Investoren einschiesst, wird blind für die systemischen Ursachen einer Krise, zu der auch die Schulden der Sozialstaaten beigetragen haben. Eine löbliche Ausnahme liefert die blitzgescheite Sara Wagenknecht mit ihrem neuesten Buch «Wahnsinn mit Methode – Finanzcrash und Weltwirtschaft». Sie erklärt nicht nur die Mechanismen der Krise, sondern rechnet auch vor, was dies für die Menschen bedeutet, die von ihrer Arbeit leben müssen oder von

einer Altersvorsorge abhängig sind. Als studierte Literaturwissenschaftlerin schreibt sie eine verständliche Sprache und als Ökonomin weiss sie, wovon sie schreibt. Lesenswert. Viele andere Bücher zum Verständnis der Krise werden sie nicht brauchen.

Sahra Wagenknecht: Wahnsinn mit Methode – Finanzcrash und Weltwirtschaft. Das neue Berlin, 2009. 254 S. Fr. 27,50/Euro

